

Rohstoffpolitik und ihre fatalen Folgen

Über die Rohstoffausbeutung in Indien und undurchschaubare Lieferketten

Viktoria Hytrek

Wir gehen extra in den Bioladen, um fair gehandelte Schokolade zu kaufen. Oder wir suchen gezielt nach fair produzierter Kleidung. Die vielen Siegel helfen uns dabei. Doch dabei wird leicht vergessen, dass vor allem unsere Elektrogeräte dringend ein Gütesiegel brauchen. Viele der Rohstoffe, die in unseren Laptops, Fernsehern und Smartphones stecken, sind aus Asien. Die sozialen und ökologischen Auswirkungen der Produktion und des Rohstoffabbaus werden von Menschenrechtsaktivisten schon lange kritisiert. Dies war Thema beim Asientag der Stiftung Asienhaus in Köln bei dem Workshop „Rohstoffpolitik in Asien: verletzte Menschenrechte, verbogener Rechtsstaat, verwehrte Teilhabe. Die Beispiele Indien und die Philippinen“. Der Workshop war eine Kooperation der Stiftung Asienhaus mit dem Südasienbüro.

Indien ist ein sehr attraktives Land für die Bergbauindustrie, denn es ist reich an Rohstoffen. Derzeit werden über 80 Bodenschätze abgebaut, darunter sind die wichtigsten Eisen, Uran, Kohle, Mangan, Chrom und Kalkstein. Leider werden bei deren Förderung oft Gesetze missachtet, die den Schutz der Bevölkerung und der Umwelt garantieren sollen.

Nachdem sich Indien ab den 1990er-Jahren wirtschaftlich dem Weltmarkt öffnete, hat sich die Wertschöpfung aus Rohstoffen verdoppelt. Leider zieht deren Förderung nicht nur Wohlstand nach sich, sondern auch soziale Konflikte, Umweltverschmutzung und Zwangsumsiedlungen (meist ohne Entschädigung), wie im Bundesstaat Jharkhand. Theo Rathgeber, Indienexperte und Schriftführer der Adivasi-Koordination in Deutschland, kennt die Lage vor Ort. Er besichtigte unter anderem den Kohletagebau in der Region. Seine Begleiter rieten ihm, seine Kamera zu verstecken und besser keine Fotos zu machen, wenn sie alle wieder unbeschadet das Fördergebiet verlassen wollten. Als sie mit dem Auto durch die öffentlich zugängliche

Region fuhren, wurden sie mehrfach von den Mitarbeitern der Bergbaugesellschaft angehalten. Sie wollten wissen, was sie dort machten. Es wurde klar, man will dort keine Neugierigen, keine „Eindringlinge“. „Die Kohlebagger gruben nur zehn Meter neben den Häusern, in denen noch immer Menschen wohnten“, sagt Rathgeber. „Sie konnten nicht wegziehen: Sie bekamen keine Entschädigung und wussten nicht, wohin sie umsiedeln sollten. Sie warteten so lange, bis ihre Häuser weggebaggert wurden.“

Diese Situation ist in Indien kein Einzelfall. Das zeigt auch die Arbeit von Walter Fernandes, einem indischen Soziologen. Er zeigte in einer Studie, dass zwischen 1955 und 1999 nur ein Viertel derjenigen entschädigt wurde, die wegen des Rohstoffabbaus ihre Häuser räumen mussten. Die Untersuchung sagt nichts darüber aus, ob die gezahlten Entschädigungen in Umfang und Art angemessen waren. Neben den sozialen Missständen spielt auch die Umweltverschmutzung eine tragende Rolle. Für die Förderung von Rohstoffen wird viel Wasser benötigt, das dann zum Beispiel in der Land-

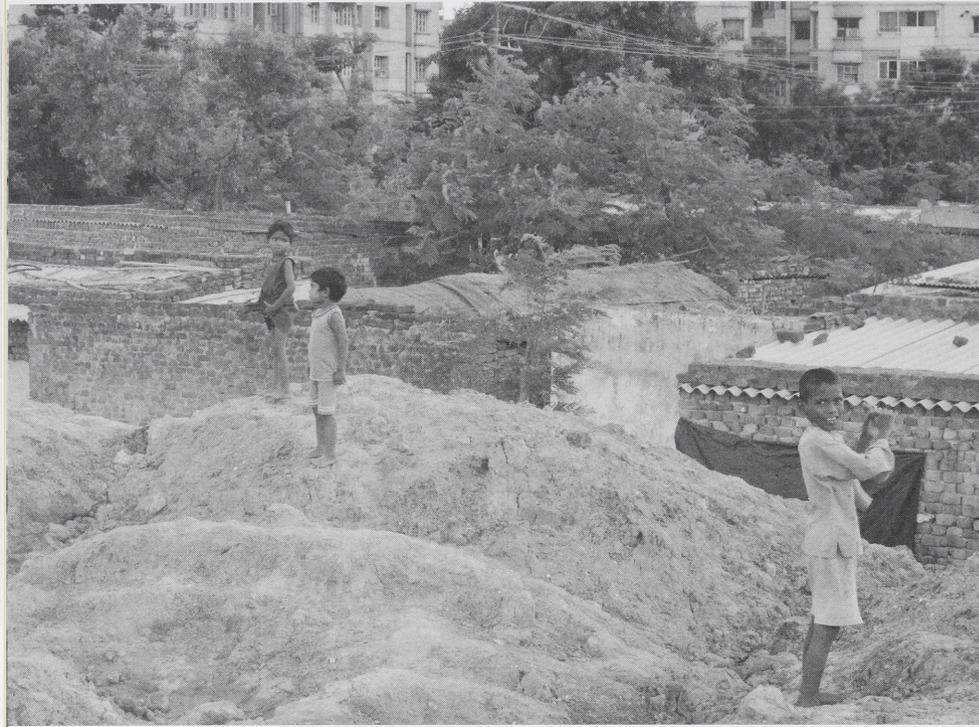
wirtschaft fehlt. Missernten und im schlimmsten Fall Hungersnöte sind die Folgen. Die Auswirkungen auf die Wasserqualität sind ebenfalls fatal: Im Uranabbaugebiet in Jharkhand liegen radioaktive Schlacken offen herum und werden nur durch kleine Erdwälle geschützt. Im Falle einer Überschwemmung können sie überlaufen und das Grundwasser verseuchen.

Widerstand gegen die Ausbeutung

Von den erwähnten Zwangsumsiedlungen sind auch die Adivasi betroffen, die Nachfahren der indischen Ureinwohner. Viele der indigenen Gemeinschaften konnten ihre eigenen Lebensweisen bis heute bewahren. Laut Gesetz heißen sie *scheduled tribes*. Sie leben teils in Regionen, in denen es große Rohstoffvorkommen gibt oder wo diese vermutet werden. Die Gemeinschaften sind daher von Umsiedlung bedroht.

Es fehlt das *Rule of Law*

Eigentlich hat Indien eine gute gesetzliche Grundlage, um gegen Roh-



Die Schutthalde als Spielplatz: Kinder in Jamshedpur (Jharkhand) nutzen das abgeräumte Material, das TATA Steel dort aufgehäuft hat, zum spielen.

Bild: Akshay Mahajan bei flickr.com
(CC BY-NC-SA 2.0)

stoffausbeutung vorzugehen. Die Unternehmen müssen Sozial- und Umweltverträglichkeitskontrollen durchführen, bevor sie mit ihren Projekten beginnen. Doch in der Praxis ist es anders: In vielen Fällen werden Zertifikate gefälscht, Tatsachen verdreht oder wird sich Einfluss erkauft. Dennoch ist ein erfolgreicher Widerstand möglich, wie man am Beispiel der Dongria Kondh sehen kann. Die indigene Gemeinschaft lebt im Bundesstaat Odisha im Nordosten Indiens. Als der multinationale Konzern Vedanta Resources dort das Aluminium-Erz Bauxit abbauen wollte, leisteten die Menschen Widerstand und suchten Unterstützung von außen. Internationale Organisationen wie Amnesty International, *Survival International* und *Human Rights Watch* halfen dabei, die Rechte der Stammesgesellschaft vor Gericht durchzusetzen. Die Organisationen beobachteten und dokumentierten zum Beispiel Befragungen, sie sammelten Videomaterial und berieten den Ältestenrat der Dongria Kondh. Es gab einen Volksentscheid, und die Menschen stimmten gegen das Abbau-Projekt. Vedanta Resources wurde die Baugenehmigung für die Mine wieder entzogen. Widerstand ist möglich, er ist aber mit

extremen Anstrengungen und außergewöhnlichen Methoden verbunden. Es ist daher kein Wunder, dass dieser Fall eher eine Ausnahme als die Regel darstellt.

Lange Lieferketten und ihre mangelnde Transparenz

Von der Förderung der Rohstoffe bis zur Fertigstellung des Endprodukts bedarf es sehr vieler Arbeitsschritte und Zwischenhändler. Daher fällt es oft schwer, Lieferketten vollständig zurückzuverfolgen und Missstände aufzudecken. Michael Reckordt von der Nichtregierungsorganisation (NRO) *PowerShift* erklärte diese mühsame, aber wichtige Herausforderung. Reckordt koordiniert den Arbeitskreis Rohstoffe, ein Netzwerk deutscher NRO zum Thema.

Reckordt kritisierte vor allem den Mangel an verpflichtenden Regulierungen und Kontrollen bei der Förderung und Weiterverarbeitung von Rohstoffen. Selbst bei gutem Willen schaffen es Unternehmen nicht, komplett fair abgebaute Mineralien zu verwenden, da die Rückverfolgung oft schwierig ist. Am Beispiel der Firma NagerIT wird dies sehr deutlich:

Das Unternehmen setzt sich zum Ziel, fair gehandelte Computermäuse herzustellen. Doch eine umfangreiche Transparenz ist ab der dritten Produktionsebene ohne gesetzliche Regelungen, die eine Offenlegungspflicht beinhalten, nicht möglich. Und das schon bei einer Computermouse mit einer überschaubaren Zahl an Produktelementen.

Auch das FairPhone steht vor dieser Herausforderung. Der niederländische Hersteller dieses Smartphones bemüht sich um eine möglichst faire Produktion und die Nutzung von Rohstoffen, die fair abgebaut wurden. Ihre Schwierigkeiten macht die Firma transparent: Nur zwei der etwa vierzig verwendeten Rohstoffe stammen aus nachweisbar fairen Bedingungen, nämlich Tantal und Zinn. „Das ist definitiv noch zu wenig, aber ein erster Schritt in eine gute Richtung“, sagt Reckordt.

Die Diskussion über Rohstoffausbeutung wurde vor allem durch die Schreckensnachrichten aus der Demokratischen Republik Kongo angestoßen. Dort werden über 50 Prozent des Minerals Coltan gefördert, das zur Handyherstellung benötigt wird. Aufgrund der instabilen politischen Lage liegen die Abbaugelände und der Handel oft in den Händen von Guerrillakämpfern und Warlords, die mit Abbau und Handel ihre Milizen finanzieren. Ein Teil des Coltan wird zur Weiterverarbeitung über Tansania nach Südostasien in eine Schmelze verschifft und gelangt beispielsweise über deutsche Tochterunternehmen in die USA oder nach Europa. Es gibt derzeit wenige unabhängige

und verbindliche internationale Vereinbarungen, die eine menschengerechte Förderung und Weiterverarbeitung garantieren. Dennoch scheint ein Gesetz in den USA Druck entlang der Lieferkette auszuüben: Auf Drängen zahlreicher NRO wurde 2010 der *Consumer Protection Act* (auch als *Dodd-Frank Wall Street Reform*) verabschiedet. Dieser besagt, dass alle Unternehmen, die an der US-Börse gelistet sind, über die Verwendung von Konfliktmineralien berichten müssen. Zu diesen zählen Zinn, Wolfram, Coltan und Gold. Der Bürgerkrieg im Kongo war das ausschlaggebende Ereignis für diesen Schritt: Daher ist die Verordnung auf die vier Rohstoffe begrenzt, deren Abbau und Handel den Bürgerkrieg besonders eindeutig finanzieren.

„Ein funktionierendes und globales Kontrollsystem zu etablieren ist ein langer und schwieriger Prozess, der aber bitter notwendig ist“, sagt Michael Reckordt. Nur so können die Arbeitsbedingungen und die Umweltauswirkungen in allen Ländern und bezüglich aller Rohstoffe transparent gemacht werden. Auch die EU versucht, stärkere Kontrollgesetze zu verhindern. Aktuell nutzen oder importieren rund 300.000 deutsche Unternehmen Konfliktmineralien. Einem Entwurf der EU-Kommission zur Regulierung des Handels zufolge sind aber nur 400 von ihnen aufgefor-

dert, sich einem freiwilligen System der Selbstzertifizierung zu unterziehen. Diese 400 Unternehmen importieren – zumeist als Schmelzbetriebe – die Rohstoffe direkt, die anderen knapp 300.000 Firmen nutzen diese Rohstoffe zwar, importieren sie aber nur indirekt über Vorprodukte. Ihnen wird – entgegen des US-Gesetzes – von der EU keine Prüf- und Berichtspflicht auferlegt. Vor allem für die deutsche Industrie bedeutet dies: keinerlei verpflichtende Prüfung und Berichterstattung bezüglich der Verwendung von Konfliktmineralien.

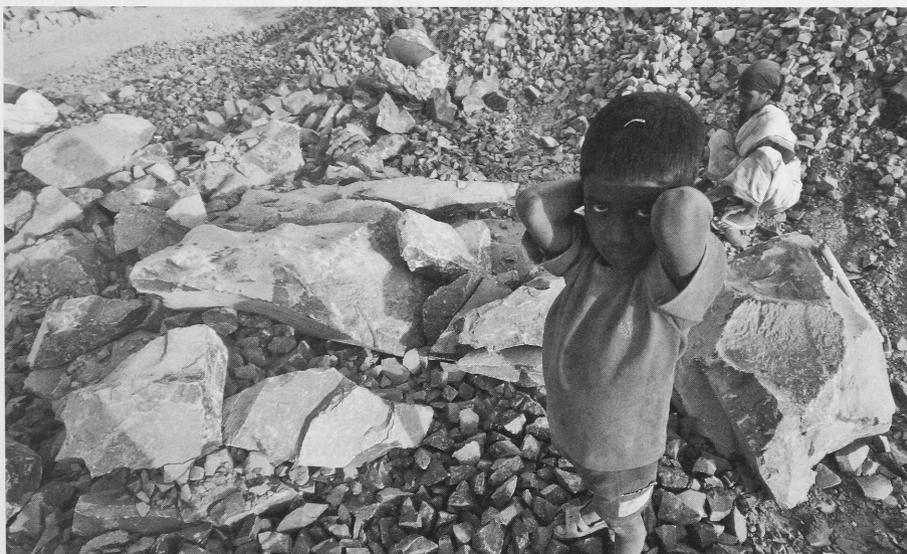
Die aktuellen Diskussionen über Rohstoffabbau und Verantwortung entlang der Lieferkette sind noch relativ jung. Auch die Verabschiedung der UN-Leitprinzipien zu Wirtschaft und Menschenrechten im Jahr 2011 trug dazu bei. Dennoch gibt es noch immer massiven Nachholbedarf in puncto Menschenrechte und Umweltverträglichkeit. NRO fordern verbindliche menschenrechtliche Sorgfaltspflichten, die unabhängig und transparent überprüft und gegebenenfalls sanktioniert werden müssen, für alle Unternehmen entlang der Lieferkette weltweit, die Rohstoffe fördern oder weiterverarbeiten. An den negativen Folgen der Rohstoffausbeutung tragen diese Konzerne eine Mitschuld. Neben klaren Standards braucht es auch eine sinnvolle Kontrolle. In vielen Ländern sind die po-

litischen Verhältnisse aber so instabil oder korrupt, dass hier auf den Staat als Kontrollinstanz nur wenig Verlass ist.

Wie man am Beispiel Indien erkennen kann, wird das Ausmaß der ökologischen und sozialen Katastrophe gerne von der Öffentlichkeit fern gehalten. Dabei stehen unter anderem sauberes Trinkwasser, eine gesicherte Ernährung und regionaler Frieden auf dem Spiel. Wir müssen damit anfangen, unsere Elektrogeräte auf Konfliktrohstoffe zu prüfen und mehr Bewusstsein dafür schaffen, was die in hohem Maße unkontrollierte Verwendung von Rohstoffen bedeutet.

Zur Autorin

Viktoria Hytrek hat an der Universität Bonn Orient- und Asienwissenschaften studiert. Ihre Spezialisierung ist Islamwissenschaft und Arabistik. Sie arbeitet derzeit als Praktikantin für das Radioprojekt des Allerwelthauses in Köln-Ehrenfeld (alleweltonair) und als freie Journalistin.



Vornehmlich Frauen und Kinder sind es, die am Rande von Steinbrüchen – wie hier in Pune, Maharashtra – Felsbrocken in kleine Pflastersteine verwandeln.

Bild: Akshay Mahajan bei flickr.com (CC BY-NC-SA 2.0)